

Kritik an der Umverteilung von Aktiven zu Rentnern

Überalterung setzt Pensionskassen zu

18.9.2014,



Börsengewinne haben die Lage der Schweizer Pensionskassen verbessert. (Bild: Martin Ruetschi / Keystone)

Börsengewinne haben die Lage der Schweizer Pensionskassen verbessert. Trotzdem stehen die Vorsorgeeinrichtungen vor grossen Herausforderungen.

feb. Das Altersvorsorgesystem der Schweiz ist im internationalen Vergleich sehr leistungsfähig, steht aber von verschiedenen Seiten unter Druck. Die demografische Entwicklung, Umverteilungen bei Pensionskassen sowie die niedrigen Zinsen belasteten die Vorsorge, war der Tenor am Herbstgespräch der Investmentgesellschaft Swisscanto zu den Schweizer Pensionskassen. Gemäss Martin Eichler, Chefökonom beim Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Basel, steht die Schweiz vor dem Übergang von einer wachsenden zu einer rückläufigen Erwerbsbevölkerung. Diese Wende werde wohl Anfang der 2020er Jahre erfolgen. Die steigende Lebenserwartung, zu niedrige Fertilitätsraten sowie die Nachwirkungen des Babybooms der Jahre 1940 bis 1975 schafften grosse Herausforderungen für die Schweizer Alterssicherungssysteme. Zuwanderung könne die stärksten Effekte der demografischen Wende abfedern, politisch werde dies aber durch die Initiative «gegen die Masseneinwanderung» erschwert.

Laut Swisscanto-Vertretern gefährdet die zunehmende Überalterung die Stabilität der Pensionskassen. In der beruflichen Vorsorge ist die Gruppe der Rentner anteilmässig deutlich kleiner als die der aktiven Versicherten, die Rentner besitzen aber fast 50% des Vorsorgekapitals. Bereits heute gebe es Pensionskassen, bei denen das Vorsorgekapital der Rentner höher sei als das der Aktiven, teile die Gesellschaft mit (vgl. Grafik). Gerechnet auf das Vorsorgevermögen von rund 680 Mrd. Fr. hat sie eine jährliche Umverteilung von rund 3,4 Mrd. Fr. von Aktiven zu Rentnern bei den Pensionskassen errechnet. Bezogen auf die aktiven Versicherten käme dies einer jährlichen Umverteilung von 880 Fr. pro Person gleich – und aufgrund der demografischen Entwicklung müsse davon ausgegangen werden, dass die Umverteilung noch zunehme.

Immerhin haben die Pensionskassen in den vergangenen Jahren von der starken Entwicklung an den Aktienbörsen profitiert. Per Ende August erreichten die privatrechtlichen Kassen im Durchschnitt einen vermögensgewichteten Deckungsgrad von 114,4%, öffentlichrechtliche Kassen in der Vollkapitalisierung einen solchen von 104,8%. Der Deckungsgrad zeigt an, wie gut eine Kasse ihre Verpflichtungen deckt.

Swisscanto-Chef Gérard Fischer verlangte in seiner Rede, wichtige Parameter in der beruflichen Vorsorge wie der Umwandlungssatz sollten nicht mehr politisch festgelegt werden. Die Diskussion über die Rentenreform

zeige derweil, dass die Politik nicht geeignet sei, um genügend rasch auf demografische Veränderungen und ökonomische Realitäten zu reagieren.

Laut Hanspeter Konrad, Direktor des Pensionskassenverbands Asip, belastet die wachsende Zahl an Vorschriften die Vorsorgeeinrichtungen und greift in deren Gestaltungsfreiheit ein. In diesem Zusammenhang kritisierte Konrad auch die 2012 mit der BVG-Strukturreform gegründete Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV). Es werde problematisch, wenn die OAK BV kassenindividuell Noten verteile. Sie werde mit einem solchen starren Bewertungssystem der breiten Palette an verschiedenartigen Kassen nicht gerecht. Unter dem Deckmantel der vermeintlich zu wahrenen Systemsicherheit werde darüber diskutiert, ob die OAK BV oder Aufsichtsbehörden von den unterstellten Kassen auf jährlicher Basis zusätzlich «einheitliche» Kennzahlen verlangen dürften. Dies trage den gesetzlich vorgegebenen Aufgaben nicht Rechnung.

Das in der zweiten Säule definierte Kapitaldeckungsverfahren mutiere ohne Massnahmen langsam zum Umlageverfahren, hiess es an dem Anlass. Um das Überleben der Pensionskassen zu sichern, müsse die Umverteilung innerhalb der Vorsorgeeinrichtungen eingedämmt werden. Kassen sollten nur Renten zahlen müssen, die sie auch finanzieren können – dies bedeute eine Senkung der Umwandlungssätze und eine flexible Gestaltung der Renten.